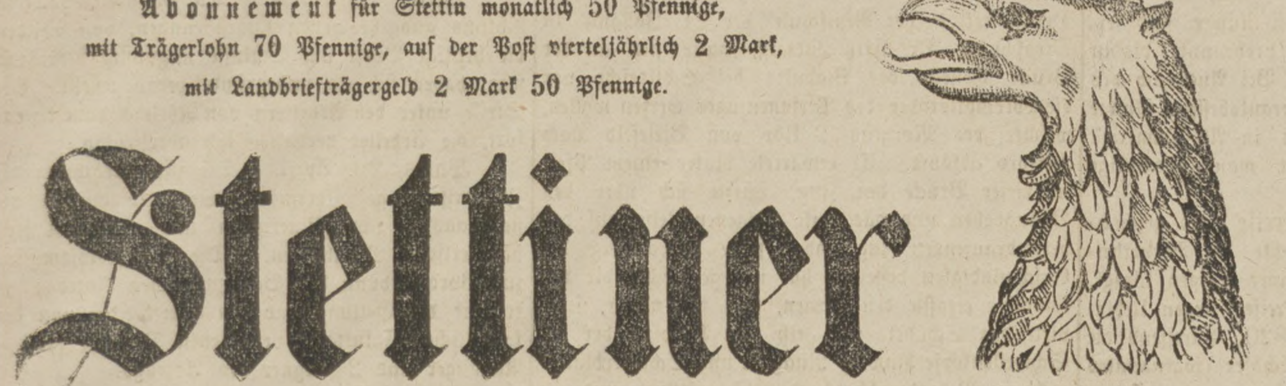
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 30. April 1880. Nr. 200.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 29. April.

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 12 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrathes: Bitter, Scholz und einige Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Erste Berathung des Stempelsteuergesetzes.

In der Fortsetzung der Debatte wendet sich zunächst Abg. v. Hölder (Würtemberg) gegen die Vorlage. Dieselbe sei nur geeignet, das Volk täglich eine drückende, widerwärtige Last empfinden zu lassen, indem sie den Steuerbeamten das Recht gebe, in alle Geschäftsgeheimnisse einzudringen, Papiere und Rechnungen, Bücher und Geschäftspapiere einzusehen. Seine Heimath kenne seit 60 Jahren keine solche Stempelabgaben. Selbst die reichstreuesten Kreise bekämpften diese Vorlage. Nach den neuen Steuern und Zöllen, welche im vergangenen Jahre bewilligt worden, sei es endlich an der Zeit, daß man zur Ruhe komme, und er persönlich müsse sich dagegen verwahren, als habe er mit seinem vorjährigen Votum zugleich seine Zustimmung zu weiteren Steuerprojekten geben wollen. Man frage sich vergebens, wo und wann denn einmal die Grenze sein werde, über welche hinaus nicht gegangen werden solle. Früher sagte man immer, das Reich müsse auf eigene Füße gestellt werden, es dürfe nicht mehr der Kostgänger der Einzelstaaten sein. Das sei im vorigen Jahre gewesen und, nachdem die Steuern und Zölle bewilligt worden, komme man wieder mit neuen Steuerprojekten. Redner erwartet, daß man endlich an das Ende der Projekte und zur Ruhe kommen werde. Die Bundesstaaten seien außer Stande, zur Sicherheit in ihren Etats zu kommen, wenn man nicht endlich im Reiche mit den Steuerprojekten aufhöre. Die Matrikularbeiträge seien zwar erleichtert worden, allein durch solche Vorlagen würden die finanziellen Ergebnisse der Bundesstaaten immer wieder auf's Neue erschüttert. Der Redner erklärt zum Schluß, man müsse erst einen festen Boden haben, man müsse wissen, was die vorjährige Steuerreform einbringen werde, ehe man neue Bewilligungen eintreten lasse.

Abg. v. Benda bemängelt die Motive der Vorlage, in denen jeder Nachweis des Bedürfnisses fehle. Es habe nur der Unterstaatssekretär Scholz auf die Defizits der Einzelstaaten hingewiesen, sowie auf das Programm des Reichskanzlers, das nur durch Neubewilligungen durchgeführt werden könne. Dagegen müsse er sich und seine Freunde verwahren. Erst müsse man den Erfolg der Steuerreform des vorigen Jahres genau kennen, ehe man an neue Bewilligungen herangehe. Jedenfalls sei es mißlich, ohne die Vorlegung eines bestimmten Planes neue Steuern zur Durchführung des Steuerprogramms des Reichskanzlers zu bewilligen. Entschieden unannehmbar ist für den Redner die Quittungsstempelsteuer, im Uebrigen erklärt er sich mit der kommissarischen Berathung die Vorlage einverstanden.

Unterstaatssekretär Scholz betont, daß das Programm des Herrn Reichskanzlers nicht ein ideales, sondern ein praktisches sei. Wenn das Reich in den Stand gesetzt werden solle, den Einzelstaaten so viel zuzuführen, als zur Entlastung der Kommunen ꝛc. nothwendig ist, sei das kein ideales, sondern ein rein praktisches Ziel.

Abg. Frhr. v. Mirbach will die volle Wirkung der Zollreform nicht abwarten, um nicht die Börsensteuer mehrere Jahre zu verlieren, denn für die Einführung der Börsensteuer lägen praktische Bedürfnisse vor. Im Einzelnen sei ja die Vorlage verbesserungsfähig. Namentlich sei der Einführungsstempel für ausländische Papiere zu hoch gegriffen, dies zeige die Thatsache, daß in Süddeutschland, wo sehr viel in österreichischen Papieren gehandelt werde, man sich sehr stark gegen diese Abgabe sträubte. Redner bedauert es lebhaft, daß die Vorlage so spät eingegangen sei, und deshalb wohl kaum noch zur Erledigung komnen werde. Er hofft, daß die Vorlage noch bedeutend höhere Erträge liefern werde, als die Motive annehmen. Redner legt Werth darauf, daß die Differenzgeschäfte bei der Börse durch eine möglichst hohe Steuer beschränkt werden. Er sei kein Gegner der legalen Börsengeschäfte, aber er bekämpfe die Privilegien des mobilen Kapitals, die Ausschreitungen an der Börse, welche die Sozialdemokratie in Hamburg groß gezogen, wie noch die letzte Wahl beweise. Er sei auch kein Gegner der Spekulation, wenn sie nicht auf eine Täuschung oder auf eine Ausbeutung des Publikums berechnet ist. Redner verlangt eine bestimmte Skala, meint, die größeren Geschäfte müßten höher besteuert werden und spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, durch dieses Gesetz wenigstens die Ausschreitungen der Börse zu beschränken; man müsse verhindern, daß die Börse, wie der Abg. Lasker bemerkt, eine Akademie für Gesetzesübertretungen oder -Umgehungen bilde. Werde dieses Ziel erreicht, dann sei der Erfolg dieses Gesetzes ungleich höher zu veranschlagen als die möglichen Steuererträge. Mit der kommissarischen Berathung erklärt sich auch dieser Redner einverstanden.

Abg. Rickert weist die Angriffe des Vorredners gegen die Börse mit großer Entschiedenheit zurück. Herr v. Mirbach hätte zu diesen ganz unmotivirten Angriffen um so weniger Anlaß gehabt, als die eigentliche Börsensteuer selbst auf der äußersten Linken nicht auf Widerstand gestoßen sei. Selbst Herr Sonnemann habe die Börsensteuer als annehmbar bezeichnet, sie müsse aber so gestaltet werden, daß sie den Verkehr nicht hindere. Daß die Börse die Sozialdemokratie groß gezogen, sei eine unwahre Behauptung, es sei ihm aber geradezu unbegreiflich, wie man für den Ausfall der letzten Wahl in Hamburg die Börse verantwortlich machen wolle. Der Redner geht sodann auf die Lage der Steuerreform, namentlich mit Rücksicht auf die preußischen Verhältnisse, ein. Wenn man die direkten Steuern einmal beseitigen wolle, müsse man auch die Gewerbesteuer, die doch nur etwa 18 Millionen betrage, beseitigen. Im Uebrigen dürfte man doch die Operationen des Reichs nicht lediglich nach preußischen Interessen einrichten. Der Reichstag müsse sich gegen jedes Experimentiren auf dem Steuergebiete verwahren. So lange nicht konstitutionelle Garantien gegeben, so lange nicht das Verwendungsgesetz in Preußen Gesetz geworden, können er und seine Freunde neue Steuern nicht bewilligen.

Unterstaatssekretär Scholz erwidert dem Vorredner, daß es sich durchaus nicht um Experimente handle, sondern um ganz bestimmte und wohldurchdachte Projekte, welche bestehende Ungleichheiten ausgleichen sollen. Der Regierungskommissar geht dann wiederholt auf den der Vorlage zu Grunde liegenden Gedanken ein und empfiehlt eingehende Berathung derselben in der Kommission.

Abg. Schröder (Friedberg) erklärt sich sehr entschieden gegen die Vorlage. Ein derartiges Vorgehen der Regierung werde ihr den letzten Rest von Sympathien rauben; der Reichstag könne doch unmöglich Jahr aus Jahr ein neue Steuern bewilligen. In diesem Jahre sei hieran gar nicht zu denken. Hoffentlich werde die Session in der nächsten Woche geschlossen und in Anbetracht dessen verlohne es sich kaum, noch eine besondere Kommission für diese Vorlage einzusetzen.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Gierth rechtfertigt die Quittungssteuer. Er weist auf Frankreich hin, wo, nachdem die Quittungssteuer seit dem Jahre 1871 eingeführt ist, eine bedeutende Mehreinnahme erzielt worden sei. Es beweise das nur, wie leicht sich der Verkehr an diese Steuer gewöhne.

Abg. Kardorff wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Rickert, dann wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen, die gleich nach der heutigen Plenarsitzung von den Abtheilungen gewählt werden soll.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend Küstenfrachtfahrten auf Grund des Berichts der 13. Kommission.

Abg. Mosle, Referent der Kommission, empfiehlt dem Hause Namens derselben die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. Dr. Roggemann empfiehlt dagegen die Streichung der §§ 1 und 2 der Vorlage und beantragt die Annahme folgenden § 1:

„In einem deutschen Seehafen geladene Güter nach einem anderen deutschen Seehafen zu befördern, um sie daselbst auszuladen (Küstenfrachtfahrt), ist ausländischen Schiffen gleich den Deutschen gestattet. Es kann jedoch durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrathes für Schiffe derjenigen Staaten, welche die deutschen Schiffe von der Küstenschifffahrt ganz oder theilweise ausschließen oder ihnen dieselbe nur unter erschwerenden Bedingungen zugestehen, die Küstenfrachtfahrt ganz oder theilweise untersagt werden.“

Staatssekretär Hofmann erklärt sich gegen den Antrag, wenn auch der Effekt derselbe sein würde, ob die Regierungsvorlage oder der Antrag Roggemann zur Annahme gelangt. Der Regierung werde in der Regel die Reciprocität für die Behandlung fremder Schiffe als Maßstab dienen. Die Regierung würde durch die Annahme des Antrages Roggemann in eine feindselige Stellung zu den anderen Staaten kommen, wenn man nur einzelnen Staaten die Frachtschifffahrt verbieten wollte.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Beseler und Graf Udo zu Stolberg.

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 1 wird in der Fassung des Antrages Roggemann genehmigt.

Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte unverändert angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Viehseuchengesetz; Wahlprüfungen.

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 29. April. Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, demzufolge die in dem Gesetze, betreffend die Einschränkung der Konsulargerichtsbarkeit der deutschen Konsuln in Egypten, vom 30. März 1874, enthaltene Zeitbeschränkung aufgehoben werden soll. Um für die Einführung der seit 1875 bestehenden gemischten Gerichte die gesetzliche Unterlage zu schaffen, wurde nämlich durch jenes Gesetz von 1874 bestimmt, daß die den Konsuln zustehende Gerichtsbarkeit durch kaiserliche Verordnung eingeschränkt oder aufgehoben werden könne, daß jedoch die Dauer der Einschränkung oder Aufhebung den Zeitraum von fünf Jahren nicht übersteigen solle. In Gemäßheit dieses Gesetzes erging alsdann unterm 23. Dezember 1875 eine kaiserliche Verordnung, welche die Konsulargerichtsbarkeit auf die Zeit bis zum Anfang 1881 einschränkte. Es steht nun zu erwarten, daß die egyptische Regierung beantragen wird, der Justizreform durch eine neue Vereinbarung über den bezeichneten Zeitpunkt hinaus Geltung zu sichern. Die Annahme eines derartigen Vorschlages würde mit den Interessen der deutschen Reichsangehörigen durchaus vereinbar sein, da die gemischten Gerichte den gehegten Erwartungen im Wesentlichen entsprochen haben. Es erscheint deshalb angemessen, auch für die Zukunft die Bestimmung über die Beschränkung oder Aufhebung der deutschen Konsulargerichtsbarkeit in Egypten einer mit Zustimmung des Bundesraths zu erlassenden kaiserlichen Verordnung zu überlassen.

Von verschiedenen Blättern ist die Nachricht verbreitet worden, der Staatssekretär des Reichs-Postamts beabsichtige, die Bezeichnung Postsekretär in Postschreiber umzuwandeln. Diese Nachricht ist, wie viele andere, neuerdings angeblich aus dem Bereich der Postverwaltung gebrochte Mittheilungen, vollständig aus der Luft gegriffen.

Nachdem Dienstag künftiger Woche der General-Synodalvorstand zusammengetreten sein wird, findet Mittwoch, den 5. Mai, die seit längerer Zeit in Aussicht genommene gemeinschaftliche Sitzung des Oberkirchenraths und des General-Synodalvorstandes statt.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat vorläufige Bestimmungen erlassen, welche Erleichterungen in der gegenseitigen Benutzung der Güterwagen auf den vom Staat verwalteten Bahnen herbeiführen sollen.

Nach der vom statistischen Amt aufgestellten Uebersicht über die von den Rübenzucker-Fabrikanten des deutschen Zollgebiets versteuerten Rübenmengen, sowie über Ein- und Ausfuhr von Zucker im Monat März d. J. waren in diesem Monat nur 8 Rübenzuckerfabriken im Betriebe, welche 60,445 Centner Rüben zur Versteuerung anmeldeten. Die Fabriken führten nach dem Zollauslande aus: 3,362,334 Centner raffinirten Zucker, 13,362,718 Centner Rohzucker, 1,642,172 Centner Melasse aller Art. Dagegen wurden aus dem Zollauslande eingeführt: 330,820 Centner raff. Zucker, 41,021 Centner Rohzucker und 1,574,755 Centner Melasse.

Das soeben zur Ausgabe gelangte Märzheft der „Monatshefte zur Statistik des deutschen Reiches“ enthält u. A. einen werthvollen Aufsatz: „Die deutsche Auswanderung nach überseeischen Ländern im Jahre 1879.“ Nach der übersichtlichen Darstellung belief sich die Zahl der Auswanderer im Jahre 1877 auf 21,964, im Jahre 1878 auf 24,217, im Jahre 1879 auf 33,327 Personen, von denen die Mehrzahl über Bremen sich einschifften; am geringsten ist Stettin betheiligt. Unter den Ländern, nach welchen die Auswanderer übersiedelten, nehmen die Vereinigten Staaten von Nordamerika die erste Stelle ein, diesen folgt Brasilien, alsdann die anderen südamerikanischen Staaten und Australien. Nach den aufgestellten Tabellen über die Berufsarten der Auswanderer gehörte die Mehrzahl derselben der Industrie an, demnächst dem Handel und Verkehr, der Landwirthschaft und dem Arbeiterstande aller Zweige.

Berlin, 29. April. Reichskanzler Fürst Bismarck hat gestern parlamentarischen Freunden gegenüber erklärt, er würde, wenn es sein Gesundheitszustand irgend gestattet, bei der nächsten Berathung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn im Reichstage erscheinen, weil er es angesichts der Vorkommnisse in England für nöthig halte, in voller Oeffentlichkeit und in amtlichem Charakter sich über die politische Lage zu äußern. Damit erledigen sich vollständig die Gerüchte von einer beabsichtigten Reichstagsauflösung.

— Der Abg. Völk hat den folgenden von uns bereits vor einigen Tagen avisirten Antrag, unterstützt von Mitgliedern der liberalen Gruppe und der Reichspartei, eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß er die Vorlage eines Gesetzentwurfs an den Reichstag veranlasse, wonach in Abänderung des Art. 28 der Verfassung des deutschen Reiches die Zahl der Reichstagsmitglieder, deren Anwesenheit zur Fassung eines gültigen Beschlusses nothwendig ist, herabgesetzt werde; eventuell: wenigstens für jene Beschlüsse, bei welchen es sich lediglich um die Verweisung an eine Kommission, oder um eine solche Abstimmung in zweiter Berathung handelt, wodurch der Gegenstand nicht endgültig erledigt wird.

— Bezüglich des türkisch-montenegrinischen Konflikts meldet „W. T. B.“ aus Konstantinopel von heute, daß die Pforte die ihr bezüglich der montenegrinischen Räumungsfrage von den Botschaftern der Signatarmächte des Berlines Vertrages zugestellte Note beantwortet hat. In ihrer Antwort weist die Pforte nach, daß die durch ein Mißverständniß verspätete Avisirung der montenegrinischen Kommandanten die Räumung innerhalb der vertragsmäßig festgesetzten Zeit keineswegs beeinflußt habe. Die Pforte müsse daher den Vorwurf ablehnen, die Ausführung der Bestimmungen des mit Montenegro vereinbarten Memorandums geflissentlich behindert zu haben.

— Wie mehrfach verlautet, erfährt die Wehrsteuer-Vorlage im Bundesrathe eine große Opposition, namentlich seitens der bairischen Regierung, die auch sehr wesentliche Aenderungen der Vorlage beantragen will. Man behauptet sogar, daß aus diesem Grunde der bairische Minister v. Lutz seine Anwesenheit hier um einige Tage verlängert habe.

— Der Senioren-Konvent des Reichstages hat sich in längerer Berathung über die noch zu erledigenden Arbeiten der Reichstagssession und den Schluß derselben entschieden. Hiernach wäre der letztere für Dienstag, den 11. Mai, zu erwarten. Mit Bestimmtheit ist die Erledigung des Wuchergesetzes und des Sozialistengesetzes in Aussicht genommen; das übrige, wovon ja immerhin ein Theil noch abgewickelt werden kann, bleibt in der Schwebe. Selbstverständlich ist es nicht möglich, den Entwurf über die Stempelsteuern, der nunmehr an eine Kommission verwiesen ist, bis dahin abzuwickeln. Fast

ist anzunehmen, daß die Vorhersage des Abg. von Benda, als würde die Kommission mindestens noch einen Bericht an das Haus erstatten, frommer Wunsch bleiben möchte. Damit würden aber sämmtliche Steuer-Projekte dieser Session vereitelt.

Ausland.

Paris, 28. April. Der Konseilpräsident und Minister des Auswärtigen de Freycinet hat von Seiten sämmtlicher Mächte und insbesondere von Seiten Deutschlands den Ausdruck der Anerkennung der in seinem Rundschreiben dargelegten korrekten und loyalen äußeren Politik der gegenwärtigen Regierung Frankreichs erhalten.

Paris, 27. April. Die Ernennung des ehemaligen Finanzministers Leon Say zum Botschafter der französischen Republik in London ist zugleich mit den Ernennungen für Wien und Brüssel vom Präsidenten der Republik unterzeichnet worden. Es hat daher zu allerhand Vermuthungen Veranlassung geben müssen, daß diese Erneunung noch nicht in dem offiziellen Journale erschienen ist. So wird einerseits behauptet, daß die eventuelle Kandidatur des Herrn Leon Say für die Präsidentschaft des Senats diese Verzögerung verursache und andererseits wird sogar erzählt, daß das betreffende Dekret deshalb nicht erscheinen könne, weil der Admiral Pothuan nicht einwilligen wolle, als Demissionär in demselben zu figuriren, vielmehr seine Absetzung als Botschafter verlange. Von dieser letzteren Version ist wohl nur richtig, daß der Admiral Pothuan sich bitter über Herrn von Freycinet beklagt und denselben beschuldigt, die ihm gebührenden Rücksichten außer Acht gelassen zu haben. Die Wahrheit wird nun aller Wahrscheinlichkeit darin bestehen, daß die französische Regierung die offizielle Bildung des neuen englischen Kabinets abwarten will, um die Abberufung des Admirals Pothuan und die Ernennung des Herrn Leon Say zu veröffentlichen.

Provinzielles.

Stettin, 30. April. Zu der Jubiläumsfeier des Herrn General-Superintendenten Dr. Jaspis hatte die theologische Fakultät in Greifswald den Dekan derselben Prof. Dr. Cremer, deputirt, welcher eine auf Pergament gedruckte Votivtafel überreichte, in welcher es hieß:

„Viro summe reverendo Alberto Sigismundo Iaspis S. S. theologiae et scripturae sacrae doctori per quinque lustra Dei gratia ecclessiae Iesu Christi apud Pomeranos summo antistiti pio fideli verbi divini ministro peritissimo et gravissimo pastorum pastori dilectissimo iuventutis amico benevolo et sincero literarum sacrarum cultori strenuo erudito sollemnia quina vicennalia congratulatur omnia gratiae divinae dona precatur theologorum ordo Gryphiensis.“

Auch die Studirenden der Theologie hatten an den Jubilar eine Adresse gerichtet.

— Die Königliche Regierung hat die Vertretung des erkrankten Departements- und Kreisthierarztes Kuhlmann bis auf Weiteres dem Königlichen Korps-Roßarzt Werner übertragen.

— Nach einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 16. d. M. haben die Vorsteher der Verkehrsbureaus bei den Königlichen Eisenbahn-Direktionen und die Bahn-Kontroleure fortan den amtlichen Titel „Verkehrs-Inspektor“ bezw. Verkehrs-Kontroleur“ zu führen.

— Durch das leichtsinnige Umgehen mit Feuerwerkskörpern sind schon wiederholt Brandschäden verursacht worden und doch sind immer wieder neue derartige Fälle zu melden; besonders ist es unverantwortlich, wenn Kindern solch feuergefährliches Spielzeug übergeben wird. Auch gestern ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein Feuer durch diesen Leichtsinn entstanden. Ein bis jetzt nicht ermittelter Knabe brannte auf dem Hofe des dem Direktor der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft, Herrn von Borke, gehörigen Grundstücks gr. Wollweberstraße 64 einen Schwärmer ab, der statt in die Luft in den circa 3½ Meter hohen Strohboden flog und das auf letzterem lagernde Stroh in Brand setzte. In den großen Strohvorräthen hatte das Feuer reichliche Nahrung und verbreitete sich sehr schnell, so daß beim Eintreffen der Feuerwehr der Fußboden und die Decke des Strohbodens, sowie das Fensterkreuz des Seitenflügels bereits in Flammen stand; doch gelang es nach halbstündiger Thätigkeit der Feuerwehr jede weitere Gefahr zu beseitigen. Der durch den Brand entstandene Schaden beläuft sich auf ca. 760 Mark.

— Im Laufe des gestrigen Tages wurden bei den hiesigen Polizeibureaus zahlreiche kleinere Diebstähle angemeldet, u. A. wurden gestohlen: einer gr. Wollweberstraße 36 wohnhaften unverehelichten Trams am 24. d. Mts. ein Paar Lederschuhe im Werthe von 9 Mark, einem Maurermeister aus seiner Wohnung Preußischestraße 3 am 21. d. Mts. ein Portemonnaie mit 8 Mark und einem Ring, von einer Bodenkammer des Hauses Unterwiek 27 einem Dienstmädchen in der Zeit vom 27. zum 28. d. Mts. ein Umschlagetuch im Werth von 39 Mark, einer Wallstraße 20 wohnhaften Arbeiterfrau Eilert verschiedene Viktualien und 6 Mark baar Geld und einem Handlungsgehülfen aus einem Komtoir Schulzenstraße 19 ein Sommer-Ueberzieher im Werthe von 45 Mark.

Stargard, 29. April. Gestern Abend um 10½ Uhr röthete sich der Horizont durch eine Feuersbrunst in nordöstlicher Richtung von hier. Es war in dem nahen Dorfe Alt-Damerow in der Scheune des dortigen Pastors Feuer ausgebrochen, welches in Folge des starken Sturmes mit rapider Schnelligkeit um sich griff, die Scheune und das Wohnhaus des Pastors, die Gebäude des Lehrers, das ganze Gehöft des Bauerhofsbesitzers Maaß und das Kutscherlogis, einen Pferdestall, zwei Scheunen und die frühere Amtswohnung des dem Herrn Rittergutsbesitzer Runge gehörenden Gutes in Asche legte. Von dem Vieh des Herrn Runge sind leider zwei der besten Kutschpferde verbrannt, die in dem Stalle angekoppelt waren. Bei Ausbruch des Feuers war sowohl Herr Rittergutsbesitzer Runge als auch Herr Pastor Haltenort in Alt-Damerow nicht anwesend und vermuthet man böswillige Brandstiftung.

Aus dem Franzburger Kreise wird geschrieben: Vor etwa Jahresfrist machte die Verurtheilung eines vormaligen und eines jetzigen königl. Domänenpächters des hiesigen Kreises wegen Uebertretung des Gesetzes von — 1820, betreffend die Haltung von Lohnschafen für Schäfer (sogenanntes Vorvieh), nicht geringes Aufsehen unter den Landwirthen Neu-Vorpommerns. Das Interesse für diese Angelegenheit steigerte sich noch um so mehr, als in der zweiten Instanz das vormalige Appellationsgericht in Greifswald das Erkenntniß des Stralsunder Kreisgerichts aufhob und die Beklagten freisprach. Man glaubte hiernach annehmen zu können, daß das Gesetz von 1820 nicht mehr zu Recht bestehe.

In diesen Tagen hat nun das Reichsgericht, als letzte und höchste Instanz, das Erkenntniß des vormaligen Appellationsgerichts vernichtet und das erste, die Angeklagten verurtheilende Erkenntniß wieder hergestellt.

Wir glauben sämmtlichen Schäfereibesitzern durch diese Mittheilung einen Dienst zu erweisen und sie vor Schaden zu bewahren, wenn wir sie darauf aufmerksam machen, daß es nach wie vor ungesetzlich ist, den Schäfern die Haltung von eigenem Vieh in der Heerde des Herrn zu gestatten. Wenn eine solche Lohnvergütung auch scheinbar vortheilhaft für den Geldbeutel der Schäfereibesitzer zu sein scheint, so kann es doch keinem einsichtsvollen Landwirthe entgehen, mit wie vielen Unzuträglichkeiten und Nachtheilen eine derartige Lohngewährung an die Schäfer verknüpft ist. Diese Erwägungen haben denn auch bald nach der Besitznahme unseres Landestheiles durch die Krone Preußen den Gesetzgeber veranlaßt, ein in den alten Provinzen schon längst bestandenes Gesetz auch auf die 1815 dem Staate einverleibten neuen Landestheile auszudehnen. Möchte doch der Nutzen des Gesetzes von 1820 auch in Bezug auf den Umzugstermin der Schäfer, der hiernach gesetzlich auf den 25. März (Marien) festgesetzt ist, von allen Schäfereibesitzern als vortheilhaft erkannt und danach gehandelt werden. Noch ist es Zeit, da die Kündigung ja eine halbjährige bei verheirathetem und eine nur vierteljährige bei dem unverheiratheten Gesinde ist.

Bei dem Brande sind auf dem Runge'schen Gute sämmtliche Gebäude bis auf die Brennerei, 2 Scheunen und die Schäferei abgebrannt. Verbrannt sind außer den beiden Kutschpferden noch 4 Fohlen, 2 Kühe, sämmtliche Schweine und das Federvieh. — Frau Pastor Haltenort konnte nebst Kindern, kaum bekleidet, nur durchs Fenster gerettet werden, und war in der Verwirrung genöthigt, trotz der Kälte geraume Zeit auf dem nahen Kirchhofe zuzubringen.

Vermischtes.

— (Ein Raubanfall mit merkwürdigem Ausgange.) Der „Londoner Allgemeinen Korrespondenz“ wird unter dem 16. d. Mts. aus Konstantinopel gemeldet: „Vor einigen Tagen hat sich hier ein Raubanfall mit ganz besonders merkwürdigem Ausgange ereignet. Drei bis an die Zähne bewaffnete Diebe waren während der Nacht in das Haus eines Preußen gedrungen und hatten denselben unter der Drohung sofortiger Ermordung im Falle eines Widerstandes dazu bewogen, sich ruhig binden zu lassen. Der Gefangene überließ den Dieben in erster Linie seine goldene Uhr und vier türkische Pfund. Die mit solch geringer Beute nicht zufriedenen Diebe drohten dem Gefesselten abermals mit dem Tode, falls er ihnen nicht die Schlüssel zu seinem Gelde überliefere. Es blieb demselben keine andere Wahl, als den Schlüssel zu seiner Geschäftskasse auszuliefern, die sich im dritten Stock befand. Befriedigt eilten die drei Diebe nach dem oberen Stockwerk, um die Kasse zu öffnen. Die Frau des Preußen, welche die ganze Scene vom Nebenzimmer mit angeschaut hatte, öffnete jetzt behutsam die Thüre und schnitt die Bande ihres Gemahls entzwei; nachdem die beiden sich mit Revolvern bewaffnet, schlichen sie den Dieben geräuschlos nach, überraschten sie bei der Theilung des Geldes und schossen kurz besonnen zwei derselben nieder, worauf der dritte seine Waffen niederlegte und kläglich um sein Leben bat. Der Preuße kehrte nunmehr den Stiel um, band den Dieb fest, ließ denselben unter Ueberwachung seiner mit einem Revolver bewaffneten Gemahlin zurück, eilte zur nächsten Zaptiehwache von Megeare und verlangte den befehlshabenden Offizier zu sprechen. Man theilt ihm mit, daß derselbe gerade abwesend sei; man sucht die beiden Unteroffiziere, allein keiner derselben ist aufzufinden. Unser Preuße requirirt vier Zaptiehs und führt dieselben nach seiner Wohnung, um ihnen die Diebe auszuliefern. Im dritten Stockwerke befinden sich die erstaunten Zaptiehs ihrem an Händen und Füßen gebundenen Offizier gegenüber. Großes Tableau, dem die Gattin des Preußen resolut ein Ende macht, indem sie ihren Mann auffordert, mit ihren erprobten Revolvern die Zaptiehs zu vertreiben. Gesagt, gethan. Jetzt eilt der Preuße zu seinem Generalkonsul, dessen Kawassen das diebische Kleeblatt, den gebundenen Offizier und die erschossenen Unteroffiziere, nach dem Generalkonsulat schaffen.

— (Selbstmord auf der Eisenbahn.) Aus Bielefeld wird unterm 26. d. M. dem „W. Vbl.“ geschrieben: Gestern hielt eine bittere Trauerkunde die Gemüther unserer Stadt in lebhafter Aufregung. Der Direktor der Realschule bei St. Johann in Straßburg, Dr. Fritz Ludwig, hatte sich an der Brücke diesseits des Viadukts bei Schildesche vor die Lokomotivräder des Personenzuges werfen wollen, welcher des Morgens 9 Uhr von Bielefeld nach Herford abfährt. Er erwartete hinter einem Pfeiler dieser Brücke den Zug, stürzte sich über den Bahngraben und das linke Schienengeleise auf den heranbrausenden Zug, aber seine Berechnung der Geschwindigkeit desselben hat ihn getäuscht, die Lokomotive erfaßte den Armen, stieß ihn nieder, scalpirte den Schädel und riß den Körper über 12 Schwellenköpfe hinweg, Rückgrat und Schulterblätter mehrere Male durchbrechend. So zerrissen und wie ein Knäuel zusammengerollt, wurde der Unglückliche von der Behörde noch lebend aufgefunden, im Stande, eine jede Frage des Polizeianwalts präzis zu beantworten. Aus seinen eigenen Worten „Nicht gut gemacht, nicht geglückt!“ schloß man sofort, daß er den Tod gesucht hatte; auch hatte der Bahnwärter vor Eintreffen des Zuges diesen Herrn auf dem Wege vom Meyer zu Eißen über die Brücke nach Schildesche gehen sehen. Aus seinen Papieren, welche er mit sich führte, wurde die Persönlichkeit leicht konstatirt und der Verletzte auf einem kleinen Transportwagen hiesigen nahen Verwandten zugeführt, wo er trotz sofortiger umsichtiger ärztlicher Behandlung und der sorgsamsten Pflege seiner Verletzungen erlegen ist. Der Beklagenswerthe litt seit einiger Zeit an Schwermuth, hinterläßt eine Frau und einen 10jährigen Knaben, war ein sehr tüchtiger Pädagoge, kaum 38 Jahre alt, allgemein beliebt und gern gesehen, der Schwiegersohn einer der wohlhabendsten und angesehensten Familien unserer Stadt. Das traurige Ereigniß findet allseitig innigste Theilnahme.

— Eine gute Portion Galgenhumor hat der in Oranienburg angestellte Gerichtsvollzieher P. Wetzel entwickelt, welcher sich dieser Tage in einem hiesigen Hotel zu erschießen versuchte, seinen Zweck aber nicht ganz erreicht hat, da er sich nur schwer verwundete. Der Bedauernswerthe hat nämlich vor der That seine eigene Todesanzeige geschrieben und sie dem dortigen Lokalblatt selbst zugesandt. Dieselbe lautet: „Bei meiner Abreise ins Jenseits rufe ich allen lieben Oranienburgern ein herzliches Lebewohl zu. — Ich scheide mit der Ueberzeugung, daß mein Ableben sowohl bei meinen Gläubigern, als auch bei meinen Patienten (die ich mit so großer Schonung behandelt) aufrichtige Betrübniß hervorrufen wird. Schlachtensee, 23. April. Paul Wetzel.“

— Die Gesellschaft des Cirkus Renz in Wien feiert augenblicklich als freudiges Ereigniß — die Geburt eines Elephanten. Die betreffende Elephantin befand sich im achtzehnten Monate der Schwangerschaft, als sie dem kleinen Trampelthiere das Leben schenkte. Sonst pflegen die interessanten Umstände eines Dickhäuters gewöhnlich einundzwanzig Monate lang zu dauern. Das arme Thier wurde übrigens durch die fürchterlichsten Geburtswehen gepeinigt und es erfüllte die Stallräumlichkeiten im Cirkus mit seinem Gewimmer, welches oft in ein Brüllgetöse ausartete. Gegen Abend, zu Beginn der Vorstellung, im Verlauf deren sich das bedeutsame Ereigniß vollzog, nahmen die Schmerzensausbrüche so fürchterliche Dimensionen an, daß der Eingang zur Manège mit dicken Bohlen maskirt werden mußte. Wie fürchterlich das Thier gelitten, geht aus dem Umstande hervor, daß es in förmliche Raserei gerathen war und vor Wuth und Schmerz den sechs Zoll dicken Balken seines Box zertrümmerte. Direktor Renz hat übrigens Humor genug besessen, um den Cirkushabitués folgende intime Anzeige zugehen zu lassen: Direktor E. Renz giebt in seinem und im Namen seiner Gesellschaft bekannt, daß der Cirkus-Elephant am Abend des 26. von einem Elephanten-Knäblein glücklich entbunden ist. Mutter und Sohn befinden sich wohl. Wien, am 27. April 1880.

— Der Prinz von Wales besuchte, wie die Pariser „Presse“ erzählt, während seines letzten Aufenthaltes in Paris die türkisch-römischen Bäder. Als er sich entkleidet hatte und den Badewärter erwartete, der ihn kneten sollte, trat plötzlich ein Mann in seine Zelle mit braunem Teint, rabenschwarzem Haar und dunklem Bart. Der Prinz war sofort überzeugt, er habe einen Angestellten des exotischen Etablissements vor sich, zumal der Mann sich so nackt zeigte, wie er aus der Hand der Schöpfung hervorging. Der Prinz rief dem Ankommenden entgegen: „Flink, mein Herr, kneten Sie mich, aber tüchtig!“ Der schwarze Mann blickte den Prinzen empört und voller Verachtung an und schritt stolz und majestätisch von dannen. In demselben Augenblick lief der Badewärter hinzu. „Wer war der sonderbare Mensch, der mich nicht kneten wollte“, fragte der Prinz. „Don Carlos, der spanische Kronprätendent“, lautete die Antwort.

Literarisches.

v. Zehender, Ueber den Einfluß des Schulunterrichtes auf Entstehung der Kurzsichtigkeit. Wir können dem Herrn Professor nur voll beipflichten, wenn auch die Rostocker Lehrer sich durch seine Ausführungen gekränkt fühlen. Wir finden die Lehrmethode neuester Zeit keineswegs überall mustergültig und müssen gestehen, daß den Kindern großentheils zuviel häusliche Arbeiten aufgegeben werden. [70]

Billiges Fleisch, von Dr. Eisbein.

Errichtung, Organisation und Betrieb der Molkerei-Genossenschaften von Stöckel.

Zwei empfehlenswerthe Schriften, deren Studium wir allen Hausfrauen dringend empfehlen können, namentlich giebt die erste sehr wichtige, wohl zu beachtende Winke. [74]

Telegraphische Depeschen.

Paris, 29. April. Die Gerüchte von in Rheims ausgebrochenen Ruhestörungen, von welchen die heutige Börse am Schlusse ungünstig beeinflußt war, haben sich als unbegründet herausgestellt. Der Strike unter den Arbeitern von Rheims dauert zwar fort, die Arbeiter verhalten sich aber ruhig.

Paris, 29. April. Die zur Berathung der Zolltarifvorlage niedergesetzte Senatskommission besteht aus 9 schutzzöllnerischen und ebensoviel freihändlerischen Mitgliedern. Die Senatskommission zur Vorberathung des Baragnon'schen Antrags betreffend die Geltung und den Werth der von den katholischen Fakultäten verliehenen Diplome zählt 7 Anhänger und 2 Gegner des Antrags.

General Vinoy ist gestorben.

London, 29. April. Das Parlament ist heute Nachmittag kurz nach 2 Uhr ohne Thronrede eröffnet worden. Im Unterhause forderte Lord Selborne zur Wahl des Sprechers auf, das Haus wählte einstimmig Brand und vertagte sich darauf bis morgen. Die Gruppe Parnell hatte auf den Bänken der Opposition, die übrigen Homeruler hatten auf den Bänken der ministeriellen Partei ihre Sitze genommen.

Rom, 29. April. Deputirtenkammer. Die Berathung über die Vorlage betreffend die Verlängerung der provisorischen Finanzgebahrung bis Ende Mai wurde fortgesetzt, es wurden von mehreren Seiten neue Tagesordnungs-Anträge eingebracht. Der Minister des Innern, Depretis, wies die dem Ministerium gemachte Beschuldigung, daß dasselbe nicht fähig sei, das Programm der Linken auszuführen, zurück und erklärte gleichzeitig, daß das Ministerium die von Zanardelli eingebrachte Tagesordnung nicht acceptiren könne, welche die Vertrauensfrage bis zur Berathung des Budgets für das Ministerium des Innern hinausschieben wolle. Die Vertrauensfrage müsse heute entschieden werden, das Ministerium könne nicht noch längere Zeit in Ungewißheit bleiben. Ministerpräsident Cairoli acceptirte im Namen des Ministeriums eine von Baccelli vorgeschlagene Tages-Ordnung, welche besagt: Die Kammer geht, indem sie Akt nimmt von der Erklärung des Ministeriums, zur Tagesordnung über. Die Baccelli'sche Tagesordnung wurde in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 154 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 23 Stimmen gegen das Ministerium, abgelehnt. Vier Deputirte hatten sich der Abstimmung enthalten.

Rom, 29. April. Das italienische Kabinet Cairoli-Depretis ist gestürzt. Das von Bonelli proponirte Vertrauensvotum für das Kabinet wurde abgelehnt, und zwar mit 177 gegen 154 Stimmen. Die Kammer bewilligte ordnungshalber noch für den Monat Mai das Budget (die bisherige Budgetbewilligung reichte nur noch bis morgen). Auf Antrag des Ministerpräsidenten Cairoli suspendirte die Kammer ihre Sitzungen, bis der König die vom Kabinet einzureichende Demission entschieden hat. Außer der Rechten stimmten gegen das Kabinet die Fraktionen Nicotera, Crispi, Zanardelli und theilweise die Fraktion Bertani. Die Situation ist unklar, zumal Crispis formeller Mißtrauensantrag gar nicht erst zur Abstimmung gelangte. Es zirkulirt das Gerücht von einer beabsichtigten Kammer-Auflösung.

London, 29. April. Der „Globe“ meldet verläßlich, in voriger Woche legte ein Dampfer bei der Lundyinsel an. Derselbe führte 12,000 Flinten, vier Millionen Patronen und ein Torpedoboot mit sich, welche Ende Mai in Kreta gelandet werden sollen, woselbst eine große Revolution erwartet wird.

Petersburg, 29. April. Nachrichten aus Shanghai, welche in Wladiwostok eingetroffen sind, melden von großen chinesischen Kriegsrüstungen und bestätigen den Einfall chinesischer Räuber in russisches Gebiet. Marquis Tseng, chinesischer Gesandter in Paris, trifft Ende Mai in Petersburg ein. General Chanzy, welcher nach Paris abgereist, wird zu den großen Manövern auf seinen Posten zurückkehren. Graf d'Aubigny, welcher in der Zwischenzeit die Geschäfte der Gesandtschaft leiten wird, ist aus Paris eingetroffen.

Von dem Eisenbahnkorps ist eine größere Abtheilung dem General Skobeleff zugetheilt worden zum Eisenbahnbau von Tschikischljar in das Innere.

Petersburg, 29. April. Wie verlautet, hat die Kaiserin in den letzten Tagen das Bett nicht verlassen, was bisher regelmäßig geschah. Die unstäte Witterung, vor Kurzem warmes Frühlingswetter, heute ziemlich starker Schneefall, macht ihren gefährlichen Einfluß auf den Zustand der Kranken bemerkbar.

Petersburg, 29. April. Ebenso unrichtig, wie die Nachricht des „Golos“ über die Emission und die Emissionsbedingungen einer fünften Serie 5prozentiger russischer konsolidirter Eisenbahnobligationen ist auch die über die bevorstehende Abreise eines höheren Finanzbeamten nach Paris zum definitiven Abschluß und zur Unterzeichnung von gepflogenen Finanzverhandlungen.

Belgrad, 29. April. Die Skupschtina ist behufs Genehmigung der österreichisch-serbischen Eisenbahn-Konvention zum 23. künftigen Monats zu einer außerordentlichen Sitzung nach Kragujewatz einberufen.

Konstantinopel, 29. April. Wie verlautet, hat sich der Gouverneur von Skutari bei der zunehmenden Gährung der Bevölkerung aus der Stadt zurückgezogen und seine Truppen an einem befestigten Punkte außerhalb der Stadt konzentrirt. Die albanesische Liga soll versprochen haben, die Bevölkerung an der Plünderung der Waffenniederlagen zu hindern.